

# LINKSRUM

Wetterau

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
April/Mai 2025



Ist der  
Wetter-  
aukreis  
pleite?

Lesen Sie zur  
Finanzlage der  
Kommunen Seite 5

Der Wetteraukreis übernimmt das  
Gesundheitszentrum Wetterau (GZW)

## Ist die Zukunft des GZW gesichert?

Der Wetteraukreis hat im November 2024 die  
Bad Nauheimer Anteile des GZW übernommen.  
Damit ist der Kreis mit 91,51 Prozent Träger  
der Wetterauer Gesundheitseinrichtungen.  
Sichert das die regionale Versorgung der Wet-  
terauer Patienten? Bleibt das GZW vor einer  
Privatisierung verschont?

Fortsetzung auf Seite 4

**Kreiseigene  
Wohnungsbau-  
gesellschaft:**

*Gibts was  
Neues?* Seite 5



Alle Parteien wollen die Demokratie verteidigen. Wirklich? Nützt dafür ein Überbietungswettbewerb, wer noch mehr abschiebt? Noch härter gegen Ausländer vorgeht? Noch mehr für Krieg ausgibt? Noch mehr Sozialleistungen streicht? Noch weniger Geld für die Eingliederung in Arbeit bereit stellt? Nützt das alles "DER" Demokratie?

Lesen Sie Seite 6 und 7

# Es sind doch nur 3,5 Prozent vom BIP...

CDU, AfD, FDP, Grüne, SPD - alle wollen den Rüstungs- etat erhöhen. Zur Zeit sind es 2% vom BIP. CDU und Grüne wollen 3,5% und die AfD sogar 5% vom BIP.

Was heißt das?

Das Bruttoinlandsprodukt oder BIP ist eine zentrale Kennzahl in einer Volkswirtschaft. Es misst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres angeboten und nachgefragt werden. Das Deutsche BIP lag 2024 bei 4.305 Milliarden Euro. Das ist als Zahl 4.305.000.000.000 Euro.

**Wie viel sind 3,5 Prozent vom BIP? Oder gar 5 Prozent?**

3,5 Prozent - das wären 150 Milliarden Euro im Jahr. Der Bundeshaushalt betrug 2024 insgesamt 465,7 Milliarden Euro. Ein Drittel des Haushalts würde dann für Rüstung ausgegeben.

Die AfD will sogar 215 Milliarden Euro für Militär ausgeben. Also fast die Hälfte des Bundeshaushalts! Sind die noch zu retten?

Fortsetzung von Seite 1

## Ist der Wetteraukreis pleite?

Natürlich wird der Wetteraukreis keine Insolvenz anmelden. Doch für den Haushalt 2025 und 2026 müssen Kredite in Höhe von 261 Milliarden Euro aufgenommen werden. Bestehende Rücklagen wurden bereits 2023/2024 verbraucht.

Gesetze, die im Bund oder im Land beschlossen werden, müssen in den Landkreisen und Städten umgesetzt werden. Zum Beispiel kostenlose Kita-Plätze, das Recht auf Ganztagschule, die Ausweitung des Wohngelds, Kinder- und Jugendschutz und vieles mehr. Dazu kommen Investitionen in die Infrastruktur, wie

etwa Schulbauten. Keine dieser Aufgaben hat eine auskömmliche Ausfinanzierung durch die oberen Staatsebenen. Dazu belasten hohe Bau- und Energiekosten die kommunalen Haushalte. Sollten zukünftig immer mehr Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, wird noch mehr Geld fehlen!



**8. Mai  
Befreiung!  
Was sonst?**

Nie wieder  
Krieg!  
Nie wieder  
Faschismus!

**DIE LINKE.**  
Kommunistische Partei Deutschlands

80 Jahre nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus soll unser Land wieder kriegstüchtig gemacht werden.

Folge 26:



## Fakten oder Hetze?



Diese Grafik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigt, dass 31,6 Prozent der Menschen, die Bürgergeld erhalten, arbeitslos sind. Darunter sind Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Menschen in einer Umschulung oder Bildungsmaßnahme, Menschen mit einer längeren Krankheit und ähnlichen "Vermittlungshindernissen". Lediglich 16.000 Personen sind Totalverweigerer, die nicht arbeiten wollen. Das sind ca. 0,3 Prozent aller Bürgergeldbezieher:innen.

Arm trotz Arbeit: 41 Prozent verdienen so wenig, dass der Lohn nicht zum Leben reicht. Sie müssen beim Jobcenter aufstocken. Und der Rest sind Kinder.

CDU, FDP, AfD und leider auch andere Parteien tun so, als könnte man Deutschland retten, wenn man das Bürgergeld streicht. Die AfD macht daraus einen Gerechtigkeitsfeldzug: "Wer schuftet, darf nicht schlechter dastehen als jemand, der Bürgergeld bezieht!" Und CDU-Linnemann bläst ins gleiche Horn: "Jeder, der in Deutschland Bürgergeld bezieht und arbeiten kann, muss arbeiten gehen. Ansonsten darf es keine Sozialleistungen mehr geben." Da fühlen sich viele angesprochen, die jeden Tag malochen und es gerne mal leichter hätten. Doch die Fakten taugen nicht für neidische Debatten.

Schauen Sie sich die Grafik links an: Noch nicht mal 1 Prozent wollen nicht arbeiten. 2,27 Millionen Menschen arbeiten und brauchen trotzdem Unterstützung vom Jobcenter.

Wieso fordern diese eifrigen Streiter für Gerechtigkeit keine höheren Löhne? Löhne, die zum Leben reichen? Warum stimmen sie im Bundestag gegen einen armutsfesten Mindestlohn?

## So kann es nicht weitergehen!

Es kann nicht sein, dass Banken gerettet werden aber Krankenhäuser gehen in die Insolvenz! Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung dient dem Profit der Gesundheitskonzerne!

### Das muss sich ändern:

- Wir brauchen eine Bürgerkrankenversicherung, in die alle einzahlen und bei der es keine Beitragsobergrenzen für hohe Einkommen gibt.
- Keine Privatisierungen und keine Krankenhausschließungen.
- Gute Finanzierung der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen.
- Eine Ausbildungs-offensive für Gesundheitsberufe.
- Arbeitsbedingungen verbessern und faire Löhne zahlen!
- Gute Versorgung für ALLE! Wer arm ist, darf nicht früher sterben!
- Ausbau einer frauenspezifischen Gesundheitsversorgung!

## Der Wetteraukreis übernimmt das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW)

## Ist die Zukunft gesichert?

DIE LINKE. hat im Kreistag der Übernahme zugestimmt. Wir erhoffen uns, dass die Trägerschaft des Wetteraukreises das GZW weiterhin sichern und die gesundheitliche Versorgung gewährleisten kann.

### Doch Zweifel sind angebracht

Ohne Probleme ist diese Übernahme durch den Wetteraukreis nicht. Auch wenn die Ablösesumme, die an Bad Nauheim gezahlt wird, eigentlich moderat ist, so ist die finanzielle Belastung für den Kreishaushalt doch hoch. Es mussten zusätzliche Kredite aufgenommen werden – fast sieben Millionen mehr als sowieso schon im Haushalt 2024 vorgesehen waren. Und dazu muss der Wetteraukreis als Träger des GZW nun noch die fehlende Investitionssumme von 30 Millionen für den Umbau des Hochwaldkrankenhauses bereit stellen. Auch wenn der Betrag auf mehrere

Jahre gestreckt wird, ist das kein Pappentier.

Es wäre zu hoffen, dass Bund und Land ihrerseits für eine auskömmliche Finanzierung sowohl der kommunalen Kassen als auch für die Refinanzierung der Krankenhäuser sorgen werden. Doch das wird kaum der Fall sein!

Wenn es nicht gelingt in Bund und Land eine solide Finanzierung der Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, werden die Fehlbeträge im Haushalt des Wetteraukreises in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Es gibt im Haushalt keine Rücklagen mehr, die Kommunen können nicht endlos mehr Kreisumlage zahlen, denn sie sind sowieso in Geldnot. Bei weiterer Unterfinanzierung wird der Wetteraukreis mit der Aufgabe, fast alleiniger Träger des GZW zu sein, an seine finanziellen Grenzen kommen. Hier muss der Kreistag Druck auf Berlin machen!

**Kreiseigene WoBau:**

# Leider nur zarte Anfänge

Endlich tut sich was in Sachen kreiseigener WoBau. Die linke Kreistagsfraktion hat dafür jahrelang Druck gemacht. Nun hat die Kreisbeigeordnete Götz ein Konzept vorgelegt. Dem haben alle Fraktionen zugestimmt - außer der AfD.

Es ist leider ein zarter Anfang. Denn im ersten Schritt wurde kein Wohnungsbau

beschlossen, sondern eine Förderrichtlinie. Das heißt: Der Wetteraukreis fördert, wenn Privatleute oder Baugesellschaften bezahlbaren Wohnraum schaffen. Gut ist, dass dafür im Kreishaushalt Geld eingestellt wurde. Auch wenn es nicht sehr viel ist. Mit vielen Förderanträgen rechnet der Kreis erstmal nicht.

DIE LINKE. Fraktion stimmte dieser Richtlinie zur Förderung von bezahlbarem Mietwohnraum zu.

Wenn das den Einstieg für ein wohnungspolitisches Engagement des Wetter-

aukreises öffnet, begrüßen wir das. Aber es darf nicht dabei bleiben!

Als zweiten Entwicklungsschritt sieht das Konzept die Gründung einer GmbH vor. Diese GmbH soll Kommunen zu Fragen beraten, wenn sie vorhaben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - z.B. beim Einwerben von Fördermitteln.

Erst im dritten Entwicklungsschritt soll selbst gebaut werden. Bis dahin fließt noch viel Wasser die Nidda herunter! Die Mietpreissteigerungen sind nicht so gemächlich drauf!



## Bezahlkarte ist Schikane

Der Wetteraukreis wird die Bezahlkarte für Geflüchtete einführen. Und zwar nicht bloß für alle Neuankömmlinge, wie es die Bundesregierung beschlossen hat. Sondern für ALLE, die in Flüchtlingsunterkünften des Kreises leben. Das nennt der Landrat "Gleichbehandlung". Wir sagen dazu: "Ist Gleichbehandlung, wenn man alle gleich schlecht behandelt?"

Geflüchtete bekommen 50 Euro Bargeld und müssen sonst mit der Bezahlkarte einkaufen. Doch nicht alle Geschäfte akzeptieren die Karte. Dagegen wird sparsames Wirtschaften verhindert: Kein Kauf auf dem Flohmarkt, per Kleinanzeige, im Secondhand-Laden. Keine Nachbarschaftshilfe mehr in Notfällen.

Die Bezahlkarte wird Migration nicht verhindern. Wollte man die Flüchtlingszahlen senken, müssten die Fluchtursachen beseitigt werden: Keine Waffenlieferungen, keine Beteiligung an Kriegen! Krieg ist Fluchtgrund Nummer 1!

Furchtbare Attentate belasten die öffentliche Debatte. Über diese Angriffe auf unschuldige Passanten wird minutiös berichtet. Leider fast nur, wenn Geflüchtete oder Migranten die Täter sind. Blutige Straftaten deutscher Täter finden kaum mediale Beachtung. Fakten haben wenig Chancen. Das hat gravierende Folgen für eine demokratische Gesellschaft.

## Angst, Neid und Sündenböcke eignen sich gut zur Manipulation

Glaubt man der Berichterstattung in den Medien über Gewalttaten, so sind die überwiegende Mehrheit der Täter Ausländer. Die Fakten sind anders: Zwei Drittel der Gewalttaten werden von Deutschen verübt. Ein Drittel von Ausländern. Das ist schlimm genug aber für eine solche maßlose

Ausländerhetze, wie wir sie heute erleben, eignen sich die Fakten nicht.

Selbstverständlich bringt Migration auch ernste Probleme mit sich. Doch in einer derart zynischen, hasserfüllten und medial vergifteten Atmosphäre können keine Lösungen gefunden werden.

### So berichten Medien über Gewalttaten:



# Sündenböcke für Demokratie?

Wenn der Staatshaushalt schrumpft, entsteht Druck: Für wen oder was wird das Geld ausgegeben? Dann kommen Parteien auf die seltsamsten Ideen. Selten wird die Frage gestellt, warum das Geld dauernd weniger wird. Um so fanatischer werden Schuldige gesucht.

**DIE Demokratie wird dadurch nicht geschützt!**

So verschwindet das Geld aus der Staatskasse:

■ 130 Milliarden gibt es aktuell in Deutschland. Das sind neun mehr als im letzten Jahr. Die steigende Zahl der Milliarden zeigt, dass die Politik Reiche bevorzugt: Steuerentlastungen, keine Vermögenssteuer, viel zu geringe Erbschaftssteuer, keine Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung und bei Steuerflucht.

■ 90 Milliarden Euro werden jährlich für Rüstung und Militär ausgegeben. Das soll noch viel mehr werden!! CDU und AfD träumen von 150 oder gar 215 Milliarden jährlich.

Diese gigantischen Summen müssen von der Mehrheit der Menschen aufgebracht werden. Damit die sich das gefallen lassen braucht es Sündenböcke.



Die zur Zeit beliebtesten Sündenböcke sind Ausländer. Sie sollen am Besten unter dem Mindestlohn arbeiten und das Facharbeiterproblem lösen. Ansonsten will man, dass sie abhauen.

Doch bei diesen Sündenböcken wird es nicht bleiben. Das konnte man von AfD und CDU bereits im Bundestagswahlkampf hören: Gehetzt wurde auch gegen faule Schmarotzer, die fürs Nix-Tun Bürgergeld bekommen. Und gegen psychisch Kranke, die man nicht behandeln will, sondern lieber kriminalisiert.

Schon immer hat eine solche Politik Neid und Missgunst geschürt, um leichter soziale Errungenschaften abbauen zu können. Gleichzeitig wurden demokratische Rechte eingeschränkt.

## Wieder Berufsverbote

Bayern verhängte für die Lehramtsanwärterin Lisa Poettinger ein Berufsverbot. Ihr wird eine antikapitalistische Einstellung vorgeworfen. Begründet wird das Berufsverbot in einem 105-seitigen Bescheid fast ausschließlich mit "Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes.

Einige Stilblüten daraus: In einem Interview hatte Poettinger die Internationale Automobilausstellung (IAA) als Symbol für Profitmaximierung auf Kosten von Mensch, Umwelt und Klima bezeichnet. Dazu im Bescheid: »Nach Mitteilung des Verfassungsschutzes vom 5. 11. 2024 stammt der Begriff der »Profitmaximierung« aus dem Kommunismus und wertet Gewinnstreben in der Wirtschaft ab.« Und weiter: »Mit ihren Ausführungen üben Sie nicht nur Kapitalismuskritik, sondern sprechen sich für Antikapitalismus aus.« Das ist »Eintreten für den »Klassenkampf« und mit der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung« nicht vereinbar.

## Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Unterstützung im Behörden-dschungel finden Sie beim Verein **SOS-Sozial**sprechstunde im Roten Laden. Jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag 16 bis 18 Uhr (werktags), Usagasse 26, Friedberg. Mail: [sosimrola@gmail.com](mailto:sosimrola@gmail.com) Telefon: 06031 1695707 (AB)

**Rosa-Luxemburg-Club Wetterau:**  
**Diskussionsabend mit Prof. Werner Ruf**

## Islam - Schrecken des Abendlandes

Der Islam ist das Schreck-  
gespenst der westlichen  
Welt: Terror, Frauenfeind-  
lichkeit, Scharia, Parallelge-  
sellschaften... Islamische  
Länder gelten als autoritär  
und gefährlich.

Was sind die Fakten?  
Konstruiert sich der We-  
sten ein Feindbild?  
Professor Ruf kommt am  
16. Juni 2025, 19.30 Uhr,  
in den Roten Laden, Usa-  
gasse 26, Friedberg.



Impressum: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau.  
V.i.S.d.P.: Gabi Faulhaber, Usagasse 26, 61169 Friedberg.  
e-mail: [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)  
homepage: [www.die-linke-wetterau.de](http://www.die-linke-wetterau.de)